

Arm dran

Parteien Der Bundesrechnungshof wirft der FDP in einer geheimen Analyse illegale Ausgaben vor – den Liberalen drohen empfindliche Strafen.

Rein optisch hat sich viel verändert bei der FDP, seitdem sie aus dem Bundestag geflogen ist. Wo früher ein gediegenes Blau-Gelb die Marke prägte, springen jetzt schrille Neonfarben zwischen Pink, Orange und Giftgrün ins Auge – wie auf einem Flyer für einen Technoklub.

Auch die Slogans sind neu. „German Mut“ versprechen die Liberalen auf ihrer Website für die „Beta Republik Deutschland“ sowie eine „Politik, die rechnen kann“. Es gehe um „Freiräume für Morgen statt Schuldenabbau von Gestern“. Parteichef Christian Lindner hofft auf ein fulminantes Comeback bei den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen.

Nur bei den Parteifinanzien will der Neustart nicht so recht gelingen, jedenfalls aus Sicht des Bundesrechnungshofs. Die Prüfer haben in einer bislang geheimen Analyse die Ausgaben der letzten FDP-Bundestagsfraktion untersucht. Sie stießen auf eine Politik, die vor allem im eigenen Interesse rechnen kann: In mehr als zehn Fällen sollen die Liberalen im Wahljahr 2013 Fraktionsgelder für Wahlkampfzwecke missbraucht haben, etwa für Kinospots und Werbeflyer.

Sollten sich die Vorwürfe des Rechnungshofs bewahrheiten, drohen den Liberalen Strafzahlungen wegen illegaler Parteienfinanzierung – womöglich in Millionenhöhe.

Für die FDP könnte es eng werden. Die Partei ist ohnehin schon ein Sanierungsfall: Nach den Wahlniederlagen im Bund und in mehreren Ländern ging die Wahlkampfkostenerstattung deutlich zurück. Zuletzt drückten Schulden in Höhe von 24 Millionen Euro. Die Partei der Unternehmer und Steuerberater muss sich erst mal um den eigenen Schuldenabbau von gestern kümmern.

Der Mangel an ökonomischer Fortune schlug sich auch im jüngsten Rechenschaftsbericht nieder. Das Reinvermögen der Partei schmolz um die

Halfte auf nur noch 3,4 Millionen Euro zusammen. Neben der Bundespartei leidet vor allem der Landesverband Nordrhein-Westfalen von Christian Lindner unter hohen Schulden.

In dieser Lage haben die Rechnungsprüfer gerade noch gefehlt. Wie sich in ihrer Analyse zeigt, war die Versuchung für die bereits 2013 klamme Partei offenbar groß, in die Fraktionskasse zu greifen – und damit ihre Wahlkämpfe zu finanzieren.

Es begann damit, dass die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion vor der letzten Bundestagswahl drastisch erhöht wurden. Mit 6,09 Millionen Euro lagen die PR-Gelder in den neun Monaten bis zur Wahl höher als die jeweiligen Ausgaben der Fraktionen von SPD, Grünen und Union für die gesamte Wahlperiode.

Auch die Maßnahmen, die daraus finanziert wurden, fielen auf. Die Fraktion bezahlte wenige Monate vor dem Urnengang einen aufwendigen Imagefilm („Freiheit

bewegt“), der in den Kinos aller 16 Landeshauptstädte zu sehen war. Außerdem gab es Werbeflyer, die an mehr als drei Millionen Haushalte versandt wurden.

Die Fraktion trat zudem 2012 und 2013 bei drei Parteitagen als solventer Mieter in Erscheinung. Ihre Stände gehörten neben denen von Autobauern wie VW oder Audi zu den großzügigsten Ausstellungsflächen. Die lukrativen Mieten von mehr als 44 030 Euro konnte die FDP-eigene Firma ProLogo GmbH einheimen.

Der liberale Umgang mit Steuermitteln kam den Beamten des Rechnungshofs komisch vor. Anders als früher schauen sie nun genauer hin, ob die Fraktionen ihre Etats für Parteiarbeit missbrauchen. 2013 schloss der Rechnungshof eine Prüfung der Fraktionsfinanzen aus den Jahren 1999 bis 2006 ab. Insgesamt 67 Maßnahmen kritisierte die Behörde. Zwar kamen die Parteien glimpflich davon, unter anderem weil einige Vergehen bereits verjährt waren.

Doch die Prüfer nahmen die Auffälligkeiten zum Anlass, einen Kriterienkatalog zu erarbeiten, um künftige Missbräuche in Wahlkampfzeiten besser zu ahnden.

Als die Bundestagswahl 2013 vorbei war, knöpfte sich der Rechnungshof gezielt die Etats für Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen vor. Auch bei Union, SPD, Linke und Grünen wurde er fündig, allerdings eher in einzelnen Fällen. Keine Fraktion soll Steuermittel nach Einschätzung der Kontrolleure so ungeniert für den Wahlkampf verwendet haben wie die FDP.

Rainer Funke, Rechtsberater der ehemaligen FDP-Bundestagsfraktion, will sich mit Verweis auf das laufende Verfahren zu Details nicht äußern, betont aber, die Fraktion habe korrekt gearbeitet. Der Rechnungshof will den Fall nicht kommentieren.

Das Prüfverfahren wird voraussichtlich im Herbst abgeschlossen. Dann wird Norbert Lammert (CDU) entscheiden müssen, ob die PR-Maßnahmen der Fraktionen eine illegale Parteispende darstellen. Der Bundestagspräsident überwacht die Parteifinanzien – und spricht bei Fehlverhalten Sanktionen aus.

In der FDP zählt nun jeder Euro. Für die Wahlkämpfe in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sucht sie per „Plakatspendentool“ Geldgeber, die einzelne Großplakate finanzieren, je nach Standort schon ab zehn Euro pro Tag. Anders geht es wohl nicht: Eine Fraktion, die finanziell aushelfen könnte, ist in beiden Landtagen nicht vorhanden.

Sven Becker, Sven Röbel,
Andreas Wassermann



Messestand der FDP-Fraktion*: Lukrative Mieten



Parteichef Lindner: „German Mut“ für die „Beta Republik“

* Im Mai 2013 beim Bundesparteitag in Nürnberg.